

Einladung zum Erfahrungsbericht:

## Energiekonzept fürs ganze Leben



Darüber berichtet ein Spezialist aus dem Kayhuder Neubaugebiet am Kornweg: Dr. Ing. Eberhard Krauß. Am 14. November um 19:30 Uhr wird er im Gemeindezentrum von seinen **Erfahrungen mit einem klimafreundlichen Wohn- und Mobilitätskonzept** seit 2014 in seinem Haus am Kornweg und über die gewonnene Mobilität im Alltag erzählen.

## Mit 170 nachts durch Naherfurth

Glauben Sie nicht? Stimmt aber, ist gemessen und fixiert! Schließlich ist Naherfurth Kayhudes Problemortsteil, weil die Überquerung der B 432 wegen des starken Verkehrs nicht ungefährlich ist, aber die Bundesstraßenverwaltung einen **Fußgänger-Überweg mit Ampel mehrfach abgelehnt** hat. Kayhude ist zur Selbsthilfe geschritten und hat vor einem Jahr gemäß Beschluss der Gemeindevertretung in Naherfurth eine Geschwindigkeitsmessanlage angebracht.

Die Anlage erfasst nur die Geschwindigkeiten und die Uhrzeiten und zeichnet sie auf, kann jedoch Verkehrssünder nicht wie Geräte der Polizei mit Radar und Blitz fotografieren. Unser Gerät ist zwar in Fahrtrichtung Nahe montiert, es kann aber **die Geschwindigkeiten in beiden Richtungen erfassen**, dazu auch die Tageszeit, die Anzahl der Fahrzeuge sowie die sich daraus ergebenden statistischen Daten.

Die gemessene Verkehrsdichte liegt pro Tag zwischen 3700 und 4500 Fahrzeugen in **Richtung Nahe** und um etwa 200 Fahrzeuge weniger in **Richtung Kayhude**. Dabei wird von 85 % aller Fahrer eine Geschwindigkeit von durchschnittlich 57 km/h gefahren, mit entsprechenden Abweichungen nach unten und oben. Statistisch gesehen ist das ein guter Wert. Aber es sind auch **Spitzenwerte von bis zu 170 km/h** registriert worden, in der Regel nachts.

Durch die Geschwindigkeitsmessungen ist die Verkehrsdichte nicht geringer geworden, aber die gefahrenen **Geschwindigkeiten haben sich etwas verringert**. Und damit ist das Ziel, die Überquerung der B 432 in Naherfurth weniger gefährlich zu machen, zum Teil bereits erreicht. Zukünftig werden im Ort weitere Meßstandorte eingerichtet.

## Loch im Kayhuder Haushalt schrumpft

Nach aktuellem Stand dürfte Kayhude noch mit einem blauen Auge davon kommen: Die Deckungslücke im Haushaltsplan war am Jahresanfang auf 227.000 € kalkuliert worden. Dieses Loch ist dank **erhöhter Einnahmen durch die Gewerbesteuer** inzwischen stark zusammengeschrumpft. Andererseits wird der Gemeindeanteil der Kosten zum Betrieb des Kindergartens von 297.500 Euro infolge nicht veränderter Elternbeiträge das Loch wieder vergrößern.

## Harmonists auf 17. Februar verlegt

Das Konzert der Kayhuder Harmonists, das laut Veranstaltungskalender für Kayhude-Nahe-Itzstedt am 11. November stattfinden sollte, ist auf den 17. Februar 2017 verschoben worden. Siehe Veranstaltungen auf [www.Kayhude.de](http://www.Kayhude.de)

## IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

VERANTWORTLICH:

REDAKTION:

SPD-Ortsverein Kayhude/Oering

[www.spd-kayhude.de](http://www.spd-kayhude.de)

Gerhard Pelzer, Tel. 59 85 00

23863 Kayhude, An der Naherfurth 32

Manfred Schnell

# Unser Kayhude

Die SPD informiert

Nummer 55

5./6. November 2016

## Kayhudes Unwort des Jahres

Die „**Niederschlagswasserbeseitigungsgebühr**“ läuft allen anderen Unworten den Rang ab. Seit Februar dieses Jahres muss sich die Kayhuder Gemeindevertretung immer wieder damit beschäftigen. Der Bandwurm-Begriff ist sperrig, aber der Sachverhalt dahinter ist eindeutig und einfach nachvollziehbar.

Kayhude unterhält ein Leitungsnetz, das Niederschlagswasser, also Regen, Hagel und Schnee, auffängt und ableitet – sofern der Segen vom Himmel nicht auf den Grundstücken oder unbefestigten Flächen in der Erde versickert. Die Kosten für diese Entsorgung **muss die Gemeinde bezahlen**, zurzeit etwa 15.000 € jährlich. Grob geschätzt sind etwa 50 Prozent der versiegelten Flächen, auf denen das Wasser nicht versickern kann, also Straßen und befestigte Wege, im Besitz der Gemeinde.

Und die anderen 50 Prozent? Die sind im Besitz von Kayhuder Bürgern. Und damit kommt das Gemeindeprüfungsamt ins Spiel, das eine **gerechte Lastenverteilung** vorsieht. Laut dessen Vorgabe darf Kayhude die entstehenden Kosten für die Beseitigung des Niederschlagswassers nicht einfach ganz übernehmen, sondern muss die Kosten vollständig ermitteln und auf alle beteiligten Nutznießer verteilen.

Folglich hat Kayhude entsprechend den Bedingungen des Kommunalabgabengesetzes (KAG) von Schleswig-Holstein unter Beachtung der tatsächlichen Besitzverhältnisse von Grundeigentümern und Gemeinde und unter Berücksichtigung der öffentlichen Flächen eine **Niederschlagswasserbeseitigungsgebühr** zu kalkulieren und zu erheben.

Das Problem ist zurzeit nicht nur in Kayhude aktuell, aber für Aufregung sorgte die Entsorgung des Niederschlagswassers bereits vor etwa 40 Jahren. Damals wurde nach einer Sitzung des Stadtrats von Pinneberg unter Bürgermeister Hans-Hermann Kath von Zeitungen das Schlagwort „**Regensteuer**“ erfunden. Sehr eingängig, aber sehr falsch: Denn es geht nicht um eine Steuer, die allen Steuerpflichtigen auferlegt wird, nur um Einnahmen zu erzielen, sondern um **eine Gebühr, die zweckgebunden verwendet** und nur von den Betroffenen erhoben werden darf. Verdienen kann Kayhude daran also nicht.

Um die erforderlichen **Recherchen und Kalkulationen für Kayhude** anstellen zu können, soll eine Befragung aller Grundeigentümer durchgeführt werden, ob und in welchem Umfang Niederschlagswasser auf ihren Grundstücken versickert wird. Für die Gemeindevertretung ging es bereits im Juli und erneut in der jüngsten Sitzung am 27. Oktober um die Frage, wie und von wem die erforderlichen Fragebögen hergestellt und ausgewertet werden sollen: Ob von unserer Amtsverwaltung oder von einem Ingenieurbüro.

Die Gemeindevertretung hat sich entsprechend einer Empfehlung des Finanzausschusses für eine **zweiteilige Lösung**

entschieden: Die Herstellung von Grundstücksplänen laut Auszügen vom Katasteramt mit Möglichkeit zur Darstellung von versiegelten (gepflasterten) Flächen wird von der **Hamburger Stadtentwässerung** (HSE) übernommen; die Herstellung der Fragebögen, deren Versand und die spätere Auswertung übernehmen **Mitarbeiter des Bauamtes**.

So geht's weiter: Im Laufe des nächsten Jahres werden alle **Grundeigentümer vom Amt angeschrieben** und um Auskunft gebeten über die Art der Beseitigung des Niederschlagswassers auf ihren Grundstücken. Erst nach der Auswertung kann berechnet werden, wie hoch die Gebühr sein wird. Nach den Erfahrungen in anderen Orten des Amtes geht es für jedes betroffene Grundstück voraussichtlich um Beträge zwischen 20 und 80 Cent je Quadratmeter versiegelter Grundstücksfläche.

## Gelbes Licht an der Kreuzung

Manchmal ist sie unbedingt nötig, die so genannte **Einwohnerfragezeit**, die in jeder Sitzung der Gemeindevertretung Mitbürgern die Gelegenheit gibt, Fragen von allgemeinem Interesse zu stellen. In der jüngsten Sitzung am 27. Oktober wurde gefragt, warum die Einfahrtsstraßen von der B 432 in den Ort nicht wie früher gelb ausgeleuchtet sind, denn das machte es nachts einfacher, die Abzweigung frühzeitig zu erkennen. Antwort: Das ist eine Folge der Umstellung der Straßenbeleuchtung auf die moderne LED-Technik vor einem Jahr, die nur mit weißem Licht arbeitet. Zumindest gab es damals keine anderen Farbvarianten. Das hat sich überraschend geändert: Mittlerweile gibt es doch **andersfarbige Leuchtmodule**. Stv. Bürgermeister Gerhard Pelzer hat die Anregung der Mitbürgerin aufgegriffen und zusammen mit Bürgermeister Bernhard Dwenger beschlossen, in Kürze an der Einfahrt zur Schulstraße eine Leuchte mit einer anderen Farbe ausrüsten zu lassen.

## Hundezählung wird ernst

Ende November 2015 hatte die Kayhuder Gemeindevertretung eine „**Hundebestandsaufnahme**“ beschlossen. Vorbild für die Entscheidung waren Itzstedt und Seth, und Ziel ist es, die Anmeldungen zur Hundesteuer zu überprüfen und insbesondere damit das Prinzip der Steuergerechtigkeit zu erhalten. Die Zählung sollte laut Beschluss zusammen mit anderen Gemeinden im Amt erfolgen. Nach Mitteilung des Bürgermeisters haben sich jetzt Tangstedt, Oering, Sülfeld und Kayhude für das Vorhaben zusammengeschlossen.

## 3. Fahrzeug für Kayhudes Feuerwehr

Unsere Freiwillige Feuerwehr ist gut gerüstet. Neben dem Fahrzeug von 1989 wurde 2011 ein neues Löschfahrzeug mit Tank angeschafft, das bereits mit nur 3 Mann zum „Erstangriff“ einsatzfähig ist. Jetzt ist noch ein Fahrzeug hinzugekommen: Ein Kleinbus, der **für die Jugendfeuerwehr** eingesetzt werden soll. Er konnte gebraucht für 6501 € von der Norderstedter Feuerwehr erworben werden. Der Kleinbus macht Sinn, denn die Jugendfeuerwehr Itzstedt-Nahe-Kayhude hatte starken Zulauf, besonders aus Kayhude. Zurzeit sind es 16 Mitglieder. Mit dem Kleinbus können sie zu Übungen und auch mal zu einer Wochenendfreizeit transportiert werden. Die Nutzung von Privatfahrzeugen ist wegen des mangelnden Versicherungsschutzes nicht möglich.

## Gedenkstunde zum Volkstrauertag

Zur Ehrung der Toten durch Krieg, Gewalt, Verfolgung und Vertreibung findet am Sonntag, dem 13. November, um 11 Uhr eine Gedenkstunde am Ehrenmal statt. Anschließend ist Gelegenheit zum Gespräch im Feuerwehrhaus. Schwerpunkt soll in diesem Jahr das aktuelle Thema Flucht und Flüchtlinge sein.

KAYHUDE

SPD

**Gerecht. Sozial. Vor Ort.**

## Dauerbrenner Kindergarten: Gibt es Hilfe aus Kiel?

Die Kosten für den Kayhuder Kindergarten steigen von Jahr zu Jahr. Wesentlichen Anteil daran haben die **Personalkosten für die Erzieherinnen**, aber die werden grundsätzlich durch offizielle Tarifverträge geregelt. Die Möglichkeiten für die Gemeindevertretung, Einfluss auf die Kosten zu nehmen, sind also von vornherein beschränkt. Das gilt besonders für die Entscheidung der früheren Bundesregierung, den **Anspruch der Eltern auf einen Krippenplatz** ab dem 1. Juli 2013 rechtlich zu garantieren, ohne zugleich die Frage der Kosten nachhaltig zu regeln. Denn seit dieser Entscheidung sind die Träger der Kindergärten, in der Regel die Kommunen, wegen der Kosten in die Klemme geraten, denn sie bleiben auf dem größten Teil der Kosten sitzen.

Wegen des Rechtsanspruchs hat Kayhude in den vergangenen Jahren unseren kommunalen Kindergarten zweimal durch An- und Neubauten erweitert, zum Teil finanziert mit erheblichen staatlichen Zuschüssen. Aber die Kosten für den laufenden Betrieb überfordern längst unseren Haushalt. Denn die jährlichen **Zuschüsse von Kreis und Land** haben mit den steigenden Kosten nicht Schritt gehalten.

Der Elternanteil an den gesamten Kita-Kosten von 40 % wird Kayhude als Ziel vorgegeben. Dieses Ziel wurde trotz alljährlicher Gebührenanhebung in den vergangenen Jahren nie erreicht, meistens blieb der **Elternanteil unter 30 %**. Allerdings hätte eine Gebührenstruktur auf der Grundlage von 40 % Elternanteil viele Kayhuder Eltern trotz Sozialstaffel finanziell überfordert. Letztlich sind also durch Gesetze der Bundesregierung die Kommunen mit den daraus entstanden finanziellen Problemen allein gelassen worden.

In Anbetracht dieser unbefriedigenden Situation hatte sich der Vorsitzende des Finanzausschusses, Manfred Schnell, **im Auftrag der Gemeindevertretung an die Landesregierung in Kiel** gewendet, mit der Bitte, die Bedingungen zum Betrieb der Kitas im Land erheblich zu verbessern. Grundsätzlich müssten die Eltern die Gebühren für die Betreuung ihrer Kinder auch noch bezahlen können, aber die Kommunen dürften nicht durch die hohen Kosten für die Kinderbetreuung permanent überfordert werden.

Im Spätsommer kam **Antwort aus Kiel**. Sozialministerin Kirstin Alheit gestand in ihrem Brief: *Mir und der gesamten Landesregierung ist bewusst, dass die Kommunen die Hauptlast für die Finanzierung eines Betreuungsplatzes für Kita und Tagespflege tragen.* Aber das Land habe die Kommunen in den letzten Jahren beim Ausbau der **Kindertagesbetreuung erheblich großzügiger** unterstützt, als es Vorgängerregierungen getan hätten. Auch die Betriebskostenzuschüsse des Landes seien, so die Ministerin weiter, in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Das stimmt in der Tat, aber es reicht einfach noch längst nicht aus.

Immerhin will das Land die Eltern von Krippenkindern vom nächsten Jahr an **monatlich um 100 Euro entlasten**. Das Gesetz dafür ist bereits im Sommer auf den Weg gebracht worden, sorgte allerdings auch für Zoff im Kieler Landtag. Bei etwa 23.000 betroffenen Kindern müssen dafür 2017 im Landeshaushalt 23,4 Millionen Euro aufgebracht werden. Diese Entlastung gilt als **der erste Schritt zum Ziel der Landesregierung** von SPD, Grünen und SSW, binnen 10 Jahren die Kinderbetreuung für Eltern kostenlos zu machen.

Die 100 Euro im Monat entlasten zwar die Eltern, aber **nicht die Kommunen** bei den Betriebskosten. Dazu Ministerin Alheit in ihrem Brief: *Eine Anhebung der Betriebskostenmittel allein ist in diesem Zusammenhang allerdings nicht zielführend. Damit die Kostenbelastung für die Beteiligten vertretbar ist, ist eine Änderung des Finanzierungssystems unabdingbar.* Auf Deutsch: **Der Bund muss mehr zahlen!**